

Interpellation von Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil)
und Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil)
betreffend Massnahmen zur Bekämpfung der
Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich

Unser Land wird zur Zeit von einer grossen Arbeitslosigkeit betroffen. Obwohl diese nicht ausländische Dimensionen erreicht, trifft es einzelne Menschen zum Teil hart. Es ist deshalb auf verschiedenen Ebenen (Bund, Kanton und Gemeinden) zu prüfen, wie die wirtschaftliche Lage verbessert werden kann.

Aus diesem Grunde bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass die Strukturprobleme unserer Wirtschaft und die damit verbundene Arbeitslosigkeit in unserem Lande zu einem grossen Teil auf eine Vielzahl von überflüssigen, bürokratischen und behindernden gesetzlichen Auflagen und Vorschriften zurückzuführen sind, die zu einer unnötigen Verteuerung von Arbeitsplätzen und zu einer Beeinträchtigung des Wirtschaftsplatzes Schweiz führen?
2. Welche Massnahmen fasst die Regierung ins Auge, um eine Entschärfung dieser gesetzlichen Beschränkungen und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herbeizuführen?
3. In vielen Gemeinden können baureife Projekte der öffentlichen Hand nicht ausgeführt werden, weil die Direktion des Innern (Abteilung Gemeinderechnungswesen) mit dem Entzug von Finanzausgleich droht. Ist die Regierung bereit, hier zu intervenieren?
4. Ist die Regierung bereit, den Gemeinden die Einrichtung von regionalen Stellenbörsen zu empfehlen, über welche Arbeitslose unbürokratisch für kurze Einsätze nach dem Tagelohnprinzip vermittelt werden können?
5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass die Zumutbarkeitsklausel in der Arbeitslosengesetzgebung gelockert werden muss? Ist die Regierung bereit, diesbezüglich beim Bund zu intervenieren?
6. Welche Anstrengungen unternimmt die Regierung, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken?

Bruno Zuppiger
Annelies Schneider-Schatz

E. Schibli
H. Fehr
W. Haderer
Prof. Dr. R. Hirt
M. Kägi
M. Keller
R. Weilenmann
L. Styger
A. Nufer
U. Welti
H. Wiederkehr

O. Bachmann
R. Berset
G. Mittaz
Th. Schaub
H. Hauser
E. Büchi
K. Krebs
A. Binder
W. Schwendimann
Dr. H. Weigold
P. Abplanalp

H. Rutschmann
L. Dürr
Dr. R. Roth
F. Jauch
Dr. M. Zollinger
J. Vollenweider
K. Schreiber
R. Rietiker
G. Schellenberg
J. Jucker
D. Stampfli

V. Krähenbühl
Th. Leuthold
W. Peter
R. Bösel

I. Enderli
E. Stocker
B. Kuhn
R. Patroni

Ch. Ungricht
W. Haderer
H. Schmid

Begründung:

Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit ist es dringend nötig, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schnell und unbürokratisch verbessert werden. Auch der Kanton Zürich kann mit verschiedenen Sofort- und längerfristigen Massnahmen dazu beitragen, dass der Wirtschaftsstandort Zürich leistungsfähiger, innovativer und wieder vermehrt konkurrenzfähig wird. Nur damit kann man der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten.

Andererseits darf die Arbeitslosigkeit in unserem Lande nicht emporstilisiert und "kultiviert" werden. Es ist falsch, wenn bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Frage im Vordergrund steht, wie die Arbeit in unserem Land mit noch grösseren verwaltungsmässigen Einschränkungen verteilt werden kann. Vielmehr müssen alle Kräfte dafür eingesetzt werden, um die Arbeitslosigkeit durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und damit durch echte Ursachenbekämpfung, zu vermindern und zu beheben.